

**Fragen für Auswahlverfahren 2023
Stand: April 2023**

1. In welcher Norm werden nach allgemeiner Auffassung die wichtigsten Rechtsquellen des Völkerrechts aufgezählt?

- A. Art. 5 S. 2 Römisches Statut
- B. Art. 38 Abs. 1 IGH-Statut
- C. Art. 92 VN-Charta
- D. Art. 2 Abs. 1 Wiener Vertragsrechtskonvention

Richtige Antwort: B

2. Im internationalen Recht beanspruchen einige Normkategorien Vorrang vor anderen Normen. Was beschreibt – kein – Vorrangverhältnis?

- A. Verpflichtungen aus der VN-Charta gegenüber sonstigen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten
- B. Zwingendes Völkerrecht (ius cogens) gegenüber sonstigem Völkerrecht
- C. Vertragliches Völkerrecht gegenüber Völkergewohnheitsrecht
- D. Recht der Europäischen Union gegenüber nationalem Recht

Richtige Antwort: C

3. Welches Hauptorgan der Vereinten Nationen trägt nach Art. 24 VN-Charta die „Hauptverantwortung“ für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit?

- A. Sicherheitsrat
- B. Internationaler Gerichtshof
- C. Generalversammlung
- D. Sekretariat

Richtige Antwort: A

4. Die „Articles on State Responsibility“ (2001) auf dem Gebiet der Staatenverantwortlichkeit sind

- A. Als völkerrechtlicher Vertrag für alle Vertragsparteien verbindlich.
- B. Als Resolution der VN-Generalversammlung für alle VN-Mitglieder verbindlich.
- C. Völkerrechtlich verbindlich, soweit sie geltendes Gewohnheitsrecht wiedergeben.
- D. Völkerrechtlich unverbindlich.

Richtige Antwort: C

5. Welche Organe üben im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union weitgehend gleichberechtigt eine zentrale Rolle aus?

- A. Europäischer Rat und Europäische Kommission
- B. Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union
- C. Europäische Zentralbank und Wirtschafts- und Sozialausschuss
- D. Ausschuss der Regionen und Europäischer Gerichtshof

Richtige Antwort: B

6. Wer ist amtierender Hoher Vertreter/Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik?

- A. Federica Mogherini
- B. Roberta Metsola
- C. Josep Borrell
- D. Charles Michel

Richtige Antwort: C

7. Unter welchen Voraussetzungen kommt die Aussetzung von Rechten eines Mitgliedsstaats nach Art. 7 EUV in Betracht?

- A. Nichtbeachtung eines Urteils des EuGH durch einen Mitgliedstaat
- B. Gravierende Nichteinhaltung der EU-Konvergenzkriterien zur Begrenzung des Haushaltsdefizits (Maastricht-Kriterien)
- C. Verspätete oder ungenügende Umsetzung einer Richtlinie durch einen Mitgliedstaat
- D. Schwerwiegende und anhaltende Verletzung der Werte der Union, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Richtige Antwort: D

8. Wann darf der Empfangsstaat einen ausländischen Diplomaten zur unerwünschten Person (persona non grata) erklären?

- A. Jederzeit ohne Angabe von Gründen
- B. Nur als Gegenmaßnahme auf Rechtsverstöße des Entsendestaats
- C. Nur bei Straftaten des Diplomaten
- D. Nur bei vorheriger Gelegenheit des Entsendestaats zur Stellungnahme

Richtige Antwort: A

9. Was versteht man unter einem „radizierten“ völkerrechtlichen Vertrag?

- A. Dem Vertrag wurde durch das zuständige nationale Organ verbindlich zugestimmt.
- B. Der Vertrag ist untrennbar mit einem bestimmten Gebiet verbunden und gilt im Falle der Staatennachfolge weiter.
- C. Der Vertrag errichtet eine Internationale Organisation mit völkerrechtlicher Rechtspersönlichkeit.
- D. Der Vertrag hat objektive Auswirkungen, die Drittstaaten sich entgegenhalten lassen müssen

Richtige Antwort: B

10. Die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) im Seevölkerrecht

- A. Ist Teil des Staatsgebiets des Küstenstaats.
- B. Dient der Sicherung küstenstaatlicher Zoll-, Steuer und Einwanderungsvorschriften.
- C. Steht jedem Küstenstaat mit einer Breite von bis zu 24 Seemeilen zu.
- D. Ist ein Gebiet, das dem Küstenstaat Sonderrechte gewährt, und sowohl vor dem Festland als auch um Inseln bestehen kann.

Richtige Antwort: D

11. Welche Institution ist für die schiedsgerichtliche Beilegung internationaler Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten zuständig?

- A. UNHCR
- B. ICSID
- C. IBRD
- D. IWF

Richtige Antwort: B

12. Welche völkerrechtlichen Normen sind nach Art. 25 GG Bestandteil des Bundesrechts und gehen den Gesetzen vor?

- A. Die Normen der VN-Charta
- B. Völkerrechtliche Verträge, die durch die Bundesrepublik ratifiziert wurden
- C. Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts (insb. Völkergewohnheitsrecht)
- D. Entscheidungen internationaler Gerichte

Richtige Antwort: C

13. Muss der Bundestag dem bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Vorhinein zustimmen?

- A. Grundsätzlich ja, außer bei Gefahr im Verzug
- B. Grundsätzlich ja, außer bei begründeten Geheimhaltungsinteressen
- C. Grundsätzlich nein, außer die Bundesregierung legt dem Bundestag die Sache zur Entscheidung vor
- D. Nein

Richtige Antwort: A

14. Wobei handelt es sich – nicht – um ein der Ewigkeitsgarantie unterliegendes Staatsstrukturprinzip des Grundgesetzes?

- A. Bundesstaatsprinzip
- B. Demokratieprinzip
- C. Friedlichkeitsprinzip

D. Republikprinzip

Richtige Antwort: C

15. In welcher Verfahrensart verzeichnet das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) jährlich die mit Abstand meisten Eingänge?

- A. Organstreitverfahren
- B. (Individual-)Verfassungsbeschwerde
- C. Revision
- D. Normenkontrollverfahren

Richtige Antwort: B

16. Welche Zuordnung der aktuellen VN-Peacekeeping Mission zum Einsatzgebiet ist – nicht – korrekt?

- A. MINURSO – Südsudan
- B. UNMIK – Kosovo
- C. UNTSO – Naher Osten
- D. UNIFIL – Libanon

Richtige Antwort: A

17. Was ist Gegenstand des 2023 von Russland ausgesetzten New START-Vertrags?

- A. Verzicht auf Handelshemmnisse und Gewährung von Marktzugang an ausländische Unternehmen
- B. Freie Navigation durch die Beringstraße
- C. Verbot der Auslieferung von Staatsangehörigen an den Internationalen Strafgerichtshof
- D. Beschränkung und Verringerung nuklearer Sprengköpfe und Trägersysteme

Richtige Antwort: D

18. In welchem dieser Bereiche besitzt die Europäische Union nur eine sog. unterstützende Zuständigkeit, im Rahmen derer sie nationale Maßnahmen unterstützen, koordinieren oder ergänzen kann?

- A. Umweltpolitik
- B. Kulturpolitik
- C. Verbraucherschutz
- D. Energiepolitik

Richtige Antwort: B

19. In welchem Verfahren hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Mitgliedstaaten bei einem Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht, etwa

bei Nichtumsetzung einer Richtlinie, Entschädigungsansprüchen ausgesetzt sein können?

- A. Rechtssache Dassonville
- B. Rechtssache Van Gend en Loos
- C. Rechtssache Foto Frost
- D. Rechtssache Francovich

Richtige Antwort: D

20. Welche Agentur der Europäischen Union unterstützt die Mitgliedstaaten beim Schutz ihrer Außengrenzen?

- A. EDA
- B. Europol
- C. Frontex
- D. OLAF

Richtige Antwort: C

21. 2009 wurde erstmals ein Haftbefehl durch den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) gegen ein amtierendes Staatsoberhaupt erlassen. Gegen wen?

- A. Slobodan Milosevic (Jugoslawien/Serbien)
- B. Augusto Pinochet (Chile)
- C. Omar Al Bashir (Sudan)
- D. Charles Taylor (Liberia)

Richtige Antwort: C

22. Wie viele Botschaften unterhält die Bundesrepublik Deutschland (Stand: 2022)?

- A. 111
- B. 152
- C. 193
- D. 234

Richtige Antwort: B

23. Welcher „Gruppe“ von Menschenrechten sind die Rechte der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) weit überwiegend zuzuordnen?

- A. Bürgerliche und politische Rechte
- B. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
- C. Kollektive Gruppenrechte
- D. Gleichheitsrechte

Richtige Antwort: A

24. Welcher wichtige völkerrechtliche Vertrag (1951) regelt bis heute den Umgang mit Flüchtlingen?

- A. Genfer Flüchtlingskonvention
- B. Wiener Flüchtlingskonvention
- C. Haager Flüchtlingskonvention
- D. Marrakesch Flüchtlingspakt

Richtige Antwort: A

25. Welche Möglichkeit der Bekämpfung verfassungsfeindlicher Parteien sieht das Grundgesetz in Artikel 21 neben dem Parteiverbot seit 2017 vor?

- A. Informationstechnische Überwachung von Einrichtungen der Partei
- B. Ausschluss von Landtags- und Kommunalwahlen
- C. Ausschluss von Parteimitgliedern von öffentlichen Ämtern
- D. Ausschluss von der staatlichen Finanzierung und Entfall steuerlicher Begünstigung

Richtige Antwort: D